

Kritik an Leerwohnungsbestand von links und rechts

Basel, 23. August 2010

Die rückläufige Entwicklung des Leerwohnungsbestandes in Basel stösst von links bis rechts auf Kritik. Die **Mieterverbände** der Region sprechen von "Alarmstimmung" und werfen den Behörden "Schönfärberei" vor: Die Leerwohnungs-Quoten von 0,7 Prozent im Stadtkanton als auch im Baselbiet mit weiterhin 0,5 Prozent seien "alarmierend tief". Überall in der Schweiz gelte dies "als Ausdruck von Wohnungsnot". Die Konsequenzen seien klar: Steigende Mietpreise und eine rascher drehende Mietpreisspirale, weil der Vermieter sei - wie immer bei Angebotsknappheit - am längeren Hebel. Bei jedem Wohnungswechsel könne er einen höheren Mietzins verlangen. Insbesondere Altbauten und die seltenen preisgünstigen Objekte gerieten dadurch "unter noch stärkeren Druck".

Die Mieterverbände fordern, dass die beiden Kanton insbesondere durch Wohnbauförderung "ein spezielles Augenmerk auf die Entwicklung der Mietzinse werfen und preisgünstiges und bezahlbares Wohnen ermöglichen". Statt dessen sein die städtische Politik "verfehlterweise noch immer viel zu einseitig auf Wohnungen für sogenannt gehobene Ansprüche ausgerichtet, was die Mietpreise im Stadtkanton weiter anheizt".

Auch die **LDP** spricht in ihrer Reaktion von einem "alarmierenden Rückgang" des Leerwohnungsbestandes. Die Zielsetzungen der Regierung müssten überarbeitet werden, fordern die Liberalen. Es seien "grössere Anstrengungen als bisher nötig, die Voraussetzungen zu schaffen, über eine genügend starke Bevölkerung verfügen zu können, die es braucht, um die Staatsleistungen mitzufinanzieren".

Die LDP fordere "seit längerer Zeit die Erhöhung des Wohnungsbestandes im Kanton". Doch sein "nach wie vor keine klar erkennbare Förderpolitik zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum erkennbar". Dies verwundere auch deshalb, weil es "kaum eine politische Partei gibt, welche die Erhöhung der Anzahl Wohnungen nicht befürwortet". Trotz verschiedenen Vorschlägen von LDP-Grossratsmitglieder habe das zuständige Präsidialdepartement bisher noch nicht reagiert.

Anders an die Mietervertreter fordern die Liberalen auch "die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für höhere Ansprüche an bester Lage und in entsprechender Ausstattung". Nur damit könne der hinsichtlich der Steuereinnahmen eher unvorteilhafte Mix der Bevölkerung korrigiert werden.

Weiterführende Links:

[- Deutliche Abnahme der Leerwohnungs-Quote in Basel](#)

[- Stadterneuerung und Wohnraum: "Basel hat kein Verdrängungs-Problem"](#)

[- Im reichen Basel wächst die Armut weiter](#)